

Bezugspreis: Vierteljährlich 50.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, wenn zahlbar. Postbezugs: Monatlich 10.- M., ggf. Anrechnungsgeld. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 10,50 M., für das übrige Ausland bei Zahlung einmal 12,50 M. ...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Anzeigenzeile kostet 2.- M. ... Kleine Anzeigen des letzten Heftes ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197. Donnerstag, den 10. Februar 1921. Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Notenwechsel Berlin-London.

Berlin, 10. Februar. (W.B.) Von der hiesigen britischen Botschaft ist dem Auswärtigen Amt am 8. Februar folgende Note zugegangen: Herr Dr. W. Simons, Minister des Auswärtigen. Herr Minister! Ich habe die Ehre, Euer Exzellenz zu benachrichtigen, daß ich von Seiner Majestät Regierung Weisung erhalten habe, den Leiter der Deutschen Regierung und seine sachverständigen Berater einzuladen, in London am 1. März mit Vertretern von Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und Belgien an der Konferenz teilzunehmen, die in der Note von Herrn Briand an den Präsidenten der deutschen Delegation in Paris vom 29. Januar angedeutet war. Ich soll ferner Euer Exzellenz ersuchen, die Güte zu haben, so schnell als möglich die Namen der Delegierten und der Berater mitzutellen. Ich benutze die Gelegenheit usw. ...

München, 10. Februar. (Dena.) Trotz der Note der bayerischen Regierung an die Reichsregierung heischt in Bayern eine gewisse Krisenatmosphäre. Wilde Gerüchte schwirren durch die Luft. Die Entschließung des Nürnberger Stadtrates, der sich bekanntlich für den Standpunkt der Reichsregierung ausgesprochen hat, wird viel besprochen. Die 'München-Ansb. Abend-Ztg.' wehrt zu melden, daß in politischen Kreisen Gerüchte über die Mobilisation der Organisation Escherich umgehen. Die Chiemgauer seien für Oberbayern mobilisiert usw. Tatsächlich sei aber an diesen Gerüchten kein wahres Wort. Niederzwingen! Breslau, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.) Zu den Londoner Verhandlungen nimmt in der 'Breslauer Volksmacht' der Reichstagspräsident Genosse Löbe Stellung. Er stellt fest, daß gegen die Entwaffnungsbedingungen der Einwand der Unmöglichkeit nicht erhoben werden kann. ...

Die Sehnsucht nach dem Anschluß

Von Endo M. Herimann. Wien, den 7. Februar. Als im dritten Jahrhundert unserer Zeitrechnung das tausendjährige römische Reich in seinen Fugen wankte, als es durch ein gewaltiges unbegreifliches Erdbeben in seinen Grundfesten erschüttert wurde, als die Menschen nicht mehr wußten, wohin sie sich wenden sollten, um einen Halt zu finden, und ihnen ihr Schicksal unerklärlich zu werden begann, als Niedertagen, Hunger und Pestilenz heimstuchte, was noch lebendig war, da verzweifelte die armen Menschen an der Gegenwart, und Sehnsucht und Glauben mußte ihnen ersetzen, was ihnen bisher als gewiß und sicher erschienen war. Sie suchten ihren Trost in einem Jenseits, das ihnen alles bieten sollte, was sie auf dieser Erde verloren hatten. Und durch den vielhundertjährigen Druck des Absolutismus in eine Sklavennormal verfunken, die ihnen Befreiung durch eigene Tat verbieten sollte, blieb die Ergebenheit in das Schicksal ihr einziger Gedanke. Auch heute leiden wir unter Niedertagen, Hunger und Pestilenz. Auch heute ist in Deutschland alles wankend, und die Grundlagen des Staates, in dem wir leben man gewohnt war, sind erschüttert. Auch heute muß man sich in das Reich der Sehnsucht retten, um sich dem Unerträglichen zu entziehen. ...

Bayern auf dem Rückzug?

Die gestrige bayerische 'Verlautbarung' wird von der 'Deutschen Allgemeinen Zeitung' wiedergegeben unter der Überschrift: 'Keine Auflösung der Einwohnerwehren'. In der 'Täglichen Rundschau' heißt es: 'Bayern hält an den Einwohnerwehren fest'. In der 'Post': 'Bayern sagt Nein'. In der 'Deutschen Zeitung': 'Bayern bleibt fest'. Der 'Lokalanzeiger' schreibt rätselhaft: 'Bestes Einvernehmen zwischen München und Berlin. Bayern bleibt fest in der Entwaffnungsfrage'. Zweifelhaft klingt die 'Leder-Schrift' in der 'Germania': 'Will Bayern nicht nachgeben?' Im 'Berliner Tageblatt' heißt es dagegen: 'Bayern zur Entwaffnung bereit'. Nach den Münchener Informationen dieses Blattes will sich die bayerische Regierung den Anordnungen, welche die Reichsregierung für notwendig hält und verfassungsmäßig verfügen wird, nicht widersetzen. ...

Das Resultat der Kammerdebatte.

Paris, 10. Februar. (W.B.) In der gestrigen Kammerdebatte wurde gegen Mitternacht die von der Regierung gebilligte Tagesordnung Fabry mit 387 gegen 125 Stimmen angenommen. Nach einem Telegramm des holländisch News-Bureaus aus Paris soll das Ergebnis der Abstimmung über das Vertrauensvotum 387 gegen 185 Stimmen betragen. Welche Zahl die richtige ist, läßt sich im Augenblick nicht feststellen. Wenn die Zahl der Opponenten tatsächlich 185 betragen sollte, dann würde das ein für die Zukunft des Ministeriums Briand sehr bedenkliches Symptom sein, denn es würde bedeuten, daß außer den 85 Sozialisten, 120 Bürgerliche von der Gruppe Lardieu-Klotz-Besore, ferner die äußerste Rechte, kurz die gesamte charismatische Anhänger-Schaft des in der Kuffie intrigierenden Kriegspräsidenten Poincaré den Kampf gegen den 'zu Klappen' Briand aufnehmen. ...

München, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.) Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion und die Landeszentrale von Bayern haben einen Aufruf erlassen, in dem sie die Entwaffnung Bayerns, entsprechend den Entscheidungen von Paris zum Zweck der Erhaltung der Reichseinheit verlangen. Die Landeszentrale, geleitet von Erhard Kurr, fordert die Parteigenossen auf, im ganzen Lande Versammlungen abzuhalten und der Regierung den Standpunkt klarzumachen. ...

Die Tagesordnung, die Briand als die ihm genehme erklärte, und die von der Kammermehrheit angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut: Die Kammer stellt fest, daß die Pariser Konferenz die Solidarität der Alliierten bekräftigt hat. Sie vertraut auf die Regierung, daß sie die schnelle und vollständige Entwaffnung Deutschlands sichern wird und daß sie, was die Reparation betrifft, die Unterhandlungen fortsetzen und die für die wirtschaftliche Wiederherstellung Frankreichs unentbehrlichen finanziellen Möglichkeiten erlangen wird. ...

München, 10. Februar. (W.) Wie die Telegraphenunion erfährt, konnte die Antwort auf die Fragen der Reichsregierung noch nicht abgesandt werden, weil ein sehr wichtiges Mitglied der Koalitionsfraktion plötzlich von München abreisen mußte. Infolgedessen muß eine nochmalige Besprechung mit den Koalitions-parteilührern stattfinden und darauf wird der Ministerrat noch einmal zusammenzurufen, um die Antwort an die Reichsregierung festzusetzen. Die Interpellation der Unabhängigen über die vom Ministerpräsidenten Dr. von Kurr in der Berliner Ministerkonferenz am 3. Februar eingenommene Haltung wird voraussichtlich von der Regierung nicht beantwortet und daher vom Landtag nicht besprochen werden, weil in Berlin die Vertraulichkeit der Verhandlungen vereinbart worden ist. ...

Rücktritt des französischen Botschafters? Nach der G.F.S.-Korrespondenz wird der französische Botschafter Laurent, der gegenwärtig in Paris weil, wahrscheinlich nicht auf seinen Posten in Berlin zurückkehren. Reichsminister Simons gegenüber hat er dies bei seinem Abschiedsbesuch, bei dem er die Einladung nach London überbrachte, angedeutet. Sollte etwa Laurent den Sündenbock für den Unfall der französischen Politik abgeben, die sich zuerst seiner bediente, um Deutschland für den Plan Seydoux zu gewinnen, und sodann nichts mehr von diesem Plan wissen wollte? Oder hat es der Botschafter mit dem Ciel über die Rolle bekommen, die man ihn hierbei hat spielen lassen? Die Flottenstärke der Vereinigten Staaten. Der Bericht des Flottenausschusses des Senats fordert, daß die amerikanische Flotte der Flotte jeder anderen Macht mindestens gleich ist. ...

In dem kleinen Deutschösterreich läßt sich das Anwachsen dieser Erkenntnis in den letzten zwei Jahren deutlich verfolgen. Wie ein Blitz durchzuckte nach dem Zusammenbruch der Gedanke des Anschlusses die Geister. Aber vollständig bewußt war die Bedeutung dieser Forderung trotz des einstimmigen Beschlusses der provisorischen Nationalversammlung doch nur einer Gruppe von Männern. Die Zahl der Anschlußfreunde wuchs aber mit der Erkenntnis immer mehr an. Freilich konnte sie noch Außen immer noch verbunkelt werden durch die Macht der Agitation derer, welche ein Interesse daran hatten, daß es dunkel blieb, durch die bürgerliche Presse, die sich nicht umstellen wollte und in den alten Weisen weiter fuhr, durch die wirtschaftlichen Interessenten, durch die kurzfristigen Geschäftsleute, welche von der Blüte Österreichs durch den Willen der Entente und von dem Zusammenbruch Deutschlands träumten. Aber gerade sie alle wurden in überraschend kurzer Zeit durch die Wirklichkeit, Hunger und Pestilenz und politische Niederlagen widerlegt. Immer mehr wuchs durch die Erkenntnis der ideoellen Momente wie der wirtschaftlichen, durch das trotz allem nicht zu erschütternde Vertrauen in Deutschlands innere Kraft, die sich, wenn nicht jetzt, so im Laufe der Jahre oder Generationen wieder geltend machen mußte, der Anschlußgedanke an. Und die Bande, die Deutschland und Deutschösterreich verbinden, wurden nicht zumindest durch die gewährte Hilfsbereitschaft des selbst schwer bedrängten Deutschland gefestigt und gestärkt. Immer mehr wurde es trotz aller Bemühungen und Versicherungen klar, daß es bei der Entente nicht die rechte Liebe war, sondern nur politische Berechnung, was sie uns her zu uns führte. Wenn heute jemand nach zweijähriger Abwesenheit nach Deutschösterreich zurückkehrt, so würde er darüber staunen, wie der Anschlußgedanke lautenartig angeschlossen, heute die Geister beherrscht wie eine Massenenergie, und wie der einsame Mann wie der geriebenste Politiker nur in ihm das Heil, und zwar das Heil in Diesseits, nicht in einem nebelhaften Jenseits, erblickt. Der Widerspruch ist verstummt. Die erste Frage, wenn der Freund dem Freunde oder auch der politische Gegner dem Gegner begegnet, ist die: wie steht es mit dem Anschluß, wann wird der Anschluß kommen? Mit unwiderstehlicher Gewalt hat sich aller der Gedanke bemächtigt, daß das Volk, das Gesamtvolk, seinen Willen in felerlicher Weise durch ein Plebiszit der Welt kund tun müsse, um auf Grund einer einstimmigen Kundgebung den Prozeß einzuleiten, den wir vor dem Forum der Welt um unser Selbstbestimmungsrecht zu führen haben. Es gibt zwar Verzweifelte und Ungebildete, die sich vorstellen, daß der An-

schluß einfach durch Niederreißen der Grenzpfähle durchgeführt werden könnte, aber sie sind eine kleine Kinderzahl, und die große Masse ist politisch so weit geschult, daß sie auf eine derartige Putzschlacht verzichtet, um den sicheren Weg des historischen notwendigen Prozesses zu gehen. Allerdings muß dieser beschritten werden, denn sonst würde die Verzerrung aller ergreifen und ihre Klugheit überrennen. Die Einigkeit der Masse, und man kann wohl auch sagen der Parteien, in diesem Punkte ist ein geradezu erhebendes Schauspiel. Es ist für jeden, der nur 3 Tage in Oesterreich verweilt, deutlich, daß der Horwand der Entente, daß die Anschließbewegung in Oesterreich nur die Macht der sogenannten Panzerdivisionen und sozialistischen Terroristen sei, eine lächerliche Selbstbelugung ist. Man versteht noch zur Not, daß die Regierung bestrebt ist, zurückzuhalten, um nicht die Uebermacht herauszufordern; aber kein Mensch würde es verstehen, wenn die Regierung den Versuch machen wollte, zu verhindern, was nicht verhindert werden kann. Denn man versteht es auch in dem kleinen Deutschösterreich, daß stärker als jede Regierung der einmütige Wille des Volkes und stärker sogar als die Entente, die historische Notwendigkeit ist.

Die Anschließfrage an Oesterreich.

Wien, 10. Februar. (W.B.) Im Verfassungsausschuß berichtete Bundeskanzler Mayr über die Haltung der Entente zur Anschließfrage. Wie die Blätter erfahren, bekräftigten seine vertraulichen Mitteilungen, daß die Entente, gestützt auf den Friedensvertrag von St. Germain, sich energisch gegen den Anschlußgedanken ausgesprochen und für den Fall der Nichtbeachtung ihrer Warnung mit Repressalien gedroht habe.

Zwist in der D.R.P.D.

Am Dienstag hat eine Funktionärversammlung der D.R.P.D. von Groß-Berlin stattgefunden, über deren Verlauf die „Rote Fahne“ sehr berichtet. Der Bericht läßt erkennen, daß in Berlin eine scharfe Oppositionsströmung gegen die Leitung vorhanden ist, der dadurch Rechnung getragen werden mußte, daß neben dem offiziellen Referenten Paul Bedi der Opposition ein Korreferat zugebilligt wurde, das Ruth Fischer hielt.

Bedi verteidigte seine Stellungnahme zur italienischen Parteispaltung und zu den Ententesforderungen. In der italienischen Frage meinte er, daß Spaltungen zwar notwendig sind, aber die Kommunisten sollten nicht so ohne weiteres das Odium der Spaltung auf sich nehmen. (Wiso nur der Schein, nicht die Sache sei vermieden werden! Red.) In der Arbeiterklasse sei zweifellos ein festes Gefühl für die Einigkeit gegen Spaltungen vorhanden. (Verbastet Sehr richtig!) Die italienische Partei habe sich als erste westeuropäische der Dritten Internationale angeschlossen, noch im Juli 1920 sah Serrati im Präsidium der Dritten Internationale; drei Monate später aber wollten ihn die Massen verlassen. Diese schnelle Umstellung konnten die italienischen Arbeiter nicht vollziehen. Wenn nur ein Fünftel der italienischen Partei bei der Spaltung ausfallen würde, dann könnte eben die Operation nicht richtig gewesen sein. Bedi polemisierte dann weiter gegen den russischen Führer Bucharin, der für die Offensivtaktik eintritt und auf das Beispiel der französischen Revolutionsarmeen nach 1793 verwiesen hat. Bedi meint, es sei kein Zufall, daß die französischen Armeen sich verbluteten, da, wo die sozialen Verhältnisse noch nicht reif waren für eine bürgerliche Revolution, d. h. in Preußen, Oesterreich und Rußland.

Wir können nicht das Sowjetystem mechanisch einführen, gleichsam auf der Spitze der Bajonette. Das Sowjetystem braucht eine Stütze: Den revolutionären Willen des Proletariats in jedem Lande. Wo dieser Wille nicht ist, empfangen die Proletarier die Revolutionäre als ihre Unterdrücker. (Wiso Demokratie und Mehrheitswille! Red.) Aber auch das andere Extrem müssen wir ablehnen, den Gedanken, als sei die Annäherung russischer Genossen in deutsche Verhältnisse verdammenstwert.

In der auswärtigen Politik müsse das Bündnis mit Sowjetrußland propagiert werden, dabei dürften aber nicht wie in

München den nationalistischen Strömungen Konzessionen gemacht werden, die auch für dieses Bündnis sind. Bedi sagte:

Selbst der deutsche Generalkommissar hat einmal diese nationalistische Strömung gestiftet. Er hat den Teufel nach Rußland gebracht, der auch das Schicksal der deutschen Bourgeoisie besiegelt.

Gegenüber diesem Gesandnis nehmen sich die todsüchtigen Angriffe der „Roten Fahne“ auf Genossen Eduard Bernstein, der die Zusammenhänge zwischen deutschem Generalkommissar und russischem Bolschewismus näher beleuchtet und mit Tatsachen belegt hat, sehr eigenartig aus!

Die Korreferentin Ruth Fischer griff die Parole „Bündnis mit Sowjetrußland“ heftig an, weil es sich dabei um ein militärisches Bündnis zwischen dem kapitalistischen Deutschland und der russischen Arbeiterrepublik handle. Bedi forderte ein Bündnis der deutschen Bourgeoisie mit Sowjetrußland. (Widerpruch.) Seine Rede, die Artikel der „Roten Fahne“ und die Beschlüsse in München hätten eine merkwürdige Behauptung mit dem von Lausenberg und Hoffmann propagierten revolutionären Sozialismus. In München sei die Sache nur für die Reichsregierung angedacht worden als anderswo. Die Rednerin nahm auch die D.R.P.D. in Schutz, deren Existenz nichts sei als ein Spiegelbild der Sünden in der D.R.P.D. Zur italienischen Frage meinte die Rednerin, daß es eben ein Fehler gewesen sei, die nichtkommunistische italienische Partei in die Dritte Internationale aufzunehmen, der jetzt wieder gutgemacht worden sei. Ruth Fischer wendete sich auch gegen den Zentralismus in der Partei, der darin geliegt habe, daß der Vorsitzende Bedi sein Mandat Moskau zur Verfügung stellt.

Die Diskussion über die Referate wurde auf Montag, den 21. Februar vertagt.

Nur gegen links.

In Essen beginnt am Donnerstag vor dem Schwurgericht der Prozeß gegen 13 des Mordes und zwei der Aufreizung zum Mord angeklagte Bergleute und Arbeiter, die am 19. März v. J. als Angehörige der Roten Armee 11 Wirtshäuser der aus Sicherheitspolizei und Einwohnerwehren bestehenden Besatzung des Wasserturnes gestört haben. Es handelt sich danach um eine Kampfhandlung aus den Kapp-Tagen, die nur dann durch die Amnestie nicht gedeckt wird, wenn die Betroffenen nicht beabsichtigt, zum Schutze der Verfassung zu handeln. Selbst wenn dies der Fall sein sollte, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß wegen der vielen von den Kapp-Rebellen getöteten Menschen noch kein einziger der Täter bestraft worden ist.

Zeider eine Falschmeldung.

Halbamtlich gibt W.B. bekannt: In der Zeitung „Der Konfessionär“ wird mitgeteilt, das Reichsarbeitsministerium habe beschlossen, die Erwerbslosenunterstützung zu erhöhen. Die Mitteilung ist auch von der Tagespresse übernommen worden. Die Nachricht ist unrichtig. Es wird zurzeit nicht beabsichtigt, die Unterstützungssätze, die erst am 1. November 1920 an die Verbürnisse des Winters angepaßt (?) werden sind, weiter heraufzusetzen.

Die billionen Juristen.

Von einem preussischen Referendar wird uns geschrieben: Es gibt gegenwärtig immer noch eine Beamtenkategorie, die trotz der fortschreitenden Teuerung aller Lebensbedürfnisse das höchste wirtschaftliche Gut, ihre Arbeitskraft, verkaufen können muß. Das sind die preussischen Referendare, die im Gegensatz zu ihren Berufscollegen anderer deutscher Länder infolge der immer wieder verweigerten Befolgung mit absoluter Sicherheit einer wirtschaftlichen Verelendung entgegengehen. Die Referendarbefolgungsfrage wird immer dringender, je enger mit ihr Fragen des Gemeinwohls verknüpft sind.

In höchstem Maße verwunderlich ist es daher, wie wenig Verständnis der Rostlage der Referendare von der Allgemeinheit entgegengebracht wird. Die einen halten die Referendarität überhaupt nicht für besoldenswert, die anderen begnügen sich mit Verortungen auf eine spätere Zukunft oder deuten Wege an, deren Anzusüchtigkeit die Zeit des gegenwärtigen Erlebens nur allzu deutlich erkennen läßt. Niemand aber scheint zu bedenken, daß die

Voraussetzungen, unter denen die heutigen Referendare ihr Studium begannen, weggefallen sind oder mindestens sich ungünstig verändert haben. Zwischen dem Einst und Jetzt liegen die Jahre des Weltkriegs, dessen katastrophale Folgen erst begonnen haben, sich fühlbar zu machen. Die gewaltigen Umwälzungen auf allen Gebieten haben Zustände geschaffen, von denen selbst heute noch niemand sagen kann, in welchem Umfange sie den einzelnen treffen werden. Unter allen Umständen muß aber versucht werden, die schweren Zukunftsschäden, die durch ein Festhalten an den bisherigen „Ehrenamt“ grundsätzlichen in der Befolgungsfrage dem Volksganzen drohen, zu verhindern.

Soll denn der Referendarstand, aus dem auch die künftigen Richter hervorgehen, allein derjenige sein, der die Wirkungen einer unglücklichen Bergangenszeit mit ihrer ganzen Härte für die Zukunft ertragen muß?

Geradezu lächerlich muten alle Einwendungen an, mit denen man das berechtigste Verlangen der Referendare nach Honorierung ihrer besetzten Tätigkeit im Keime erstickt. Es sind immer dieselben Ausflüchte der Plutokratie: sie erblickt in bezahlter Arbeit eine „Entwürdigung des eigenen Standes“. Sie fürchtet angeblich eine Ueberlastung bezahlter Referendare, während die größte Ausbeutung dann geschieht, wenn sie wie bei den Referendaren ohne die geringste Gegenleistung und unter dem Zwange behördlicher Zeugnisse erfolgt. Schließlich soll das Geld fehlen, das nirgends nubringender verwendet wird als zur Befolgung arbeitender Kräfte.

Bei einem weiteren Verharren auf dem bisherigen Grundsatz der Ausnutzung unentgeltlicher Arbeitskräfte werden wir es bei der stetig wachsenden wirtschaftlichen Not erleben, daß nur solche Referendare die Zeit bis zum zweiten Staatsexamen durchhalten können, denen ein gewaltiger väterlicher Geldsack die Wege ebnet. Die Richterlaufbahn wird schließlich nur dem Finanzadel vorbehalten bleiben und was das für die Objektivität der Gerichte bedeuten würde, bedarf keiner Darlegung.

Um auch nur die Möglichkeit einer künftigen Verschlechterung der Lust zu verhindern, sollte man nicht mit kleinlichen Argumenten die fürchterliche Not der künftigen richterlichen Beamten beschönigen, sondern schleunigst in irgendeiner Form, z. B. einer reichsrechtlichen Regelung, Abhilfe schaffen, ehe es zu spät ist.

Je freier eine Staatsform gestaltet ist, um so wirtschaftlich unabhängiger müßten vor allem die richterlichen Beamten ihre verantwortungsvolle Tätigkeit ausüben können. Dazu gehört aber auch, daß ein Umkommen der bei den Gerichten voll beschäftigten und vielfach selbständig-richterlich arbeitenden Referendare im Strudel einer ökonomischen Uebwärtsbewegung verhindert wird. Die jetzigen Referendare, die mit ihrem Studium zu einer Zeit begannen, in der sich keineswegs das heutige Mißgeschick voraussehen ließ, bitten weder um ein Gnadengeschick noch sind sie in der Lage, gewisse Forderungen für ihr Existenzminimum aufzustellen, da ihnen zu deren Durchsetzung die Nachmittel fehlen. Sie können immer nur wieder auf die ungeheuren Gefahren hinweisen, die eine kapitalistische Entwicklung ihres Berufszweiges unserem ganzen Volke bringen muß. Möge daher die bisherige bürokratische Kurzsichtigkeit gewisser Kreise einer verständigen Würdigung der angebotenen Sachlage Platz machen. Es geht ums Recht!

Englisch-Amerikanischer Zwischenfall.

London, 10. Februar. (W.B.) Das Hauptthema der Presse ist der von amerikanischen Blättern aus London gebrachte Bericht über die Unterredung eines hohen Beamten des britischen „Foreign office“ mit einem amerikanischen Journalisten in London, in der der englische Beamte davor gewarnt haben soll, daß sich das englische und das amerikanische Volk voneinander entfremden, und erklärt haben soll: Wir gehen auf einem Wege, der zum Kriege führt. Dieser Bericht stammt von der Hearst-Presse und ist von der United-Presse in den Vereinigten Staaten verbreitet. Er hat dort beträchtliches Aufsehen erregt; er beruht jedoch, wie in amtlichen Dementis und von den englischen Blättern mitgeteilt wird, auf einer falschen Darstellung der Tatsachen. Der von dem amerikanischen Berichterstatter erwähnte „hohe Beamte“ war der britische Botschafter in den Vereinigten Staaten Sir Auckland Geddes, der in einer vertraulichen Unterredung mit amerikanischen Journalisten in London die Frage der englisch-amerikanischen Beziehungen erörterte.

wurde in der belgischen Kammer ein Gesetz angenommen, das in allen flämischen Landestellen das Flämische als Amtssprache vorschreibt. Das Flämische wird nicht nur als Sprache der Behörden anerkannt, sondern es wird überhaupt die amtliche Verkehrssprache bei allen Provinzial- und Gemeindevormalungen. In gemischtsprachigen Bezirken, wie z. B. Brüssel und seinen Vororten, kann von jetzt an jede einzelne Gemeinde selbst bestimmen, welche Sprache sie einführen will. Schließlich wird noch bestimmt, daß niemand in flämischen Gebiet eine Anstellung erhalten soll, der nicht des flämischen mächtig ist. Uebrigens wird auch den deutschsprechenden Gemeinden im Bezirk von Arlon und Lüttich mit etwa 70 000 Einwohnern Berechtigung, denn sie dürfen sich ganz nach Belieben des Deutschen, Flämischen oder Französischen bedienen, während die Bekanntmachungen in deutscher und französischer Sprache erfolgen.

Geistesgegenwart. „Gestern nacht kam ich in eine ziemlich peinliche Situation“ erzählt Müller seinem Freund Schütze. „Es war im Verein doch ziemlich spät geworden, und als ich nach Hause kam, hatte ich Angst, meine Alte könnte aufwachen. Ich kriechte also auf Händen und Füßen hinaus und so ins Schlafzimmer hinein. Da wachte sie auch richtig auf und sagt: „Bist du's, Nero?“ „Ne, da hast du wohl was Ordentliches zu hören bekommen?“ frante der Freund. „Nein,“ sagte Müller, „es ging alles gut ab, ich hatte nämlich die Geistesgegenwart, ihr die Hand zu lecken.“

Was Ringer zum Gedächtnis veranlaßt die Volkshölle G. W. am Montag, den 14. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Orlean des Rundgewerksmuseums einen Lustüberbahrung, für den Dr. Robt Schiffmossil gewonnen wurde. Eintrittspreise zum Preise von 1 R. in der Geschäftsstelle der Volkshölle, an den Tischlichen Theaterkassen usw.

Kunstführungen. Am Sonntag, 13. Februar, 9 1/2-11 Uhr. Fanden zwei Führungen im Kaiser-Friedrich-Museum (Nationalmuseum) statt des Mittelalters und Kunst des 16. Jahrhunderts unter Leitung der Herren Dr. Bange und Rüdiger hat. Eintrittspreise zu 1 Mark und Kunst im Eingang des Museums.

Berliner Humboldt-Stiftung. Aus den Mitteln der Humboldt-Stiftung für Naturforschung und Reisen, über die die Berliner Akademie der Wissenschaften berichtet, sind jetzt gemeldet worden: 1000 Mark dem Herron Adolf Friedrich zu Wechtern für die Durchführung der zoologischen Ergebnisse seiner Altkolonien, und 2000 Mark dem Geheimrat Prof. Dr. Hellman als Beihilfe zur technischen Herstellung eines Klimastuffs von Deutschland.

Dr. Bruno Wille (siehe über den 3. Teil des „Kauk“ an je hier über den 7. Teil, Dienstag (ab 15. Febr.) Spelstraße 2/4, 1. St.; Mittwoch (ab 16. Febr.) Dorotheenstr. 12, Köln.

Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht begannen folgende Vorträge: Prof. Dr. Ludo Daitmann: „Wien: Das Deutschtum im Österreichischen Kulturkreis.“ Montag, den 14. Februar, 6-7 1/2 Uhr. — Generalleutnant Dien: „Die Diktatur der Revolution.“ Dienstag, den 15. Februar, 8-9 1/2 Uhr. — Konrad Dr. Kraus: „Das Deutschtum im spanisch-portugiesischen Kulturkreis.“ Donnerstag, den 17. Februar, 6-7 1/2 Uhr. — Prof. Dr. E. P. G. Kreiswald: „Von völkischen zum neuen England.“ Montag, 6-7 1/2 Uhr vom 14. Februar bis 14. März 1921. Kaiten und Kunst im Zentralinstitut, Potsdamer Straße 120.

Die Vergessenen.

Telegramm aus Lille: Am Sonntag erfolgte aus unbekannter Ursache eine Explosion in den unterirdischen Munitionsräumen von Poelcapelle im Wald von Houthoull. Personen wurden nicht verletzt. Der durch die Explosion aufgeworfene Trichter mißt 15 Meter im Durchmesser.

Munitionsräume in Poelcapelle, im Houthoullier Walde — von Zeit zu Zeit rost irgendwo im Trichterfeld alte Munition auf, heimtückisch, Erde und Menschen zerreichend.

Munitionsräume — es sind noch viel vorhanden zwischen der Nordsee und dem Wasgau, in Flandern, in der Champagne, um Verdun. Es sind noch viele Generäle vorhanden, in Deutschland, Frankreich, England. Trommelfeuer hat die Munitionstollen verschüttet, Ruckzüge und Wortsätze nahmen die Zeit, sie zu leeren, und wer sie besah, füllte sie auf, pflanzte sie voll. Munition war das Kapital des Krieges, das ihn zu immer größerer Furchbarkeit gestaltete, das die Krieger fraß — und nach dem Gerufen, geschrien, gegiert wurde. Niemals genug Granaten konnten aufgeschüttet werden, niemals genug Munitionstollen tief hinein in die Kreide der Champagne, in die Dämme und Hügel um Lille getrieben werden.

Und dann wurden die Stollen verschüttet, die verstreuten Granaten versanken in den Schlamm oder versiedeten sich unter Ruos und Gras — wieviel liegt wohl noch heute im Trichterfeld? Robert und roset, von niemanden mehr angesehen, verwünscht, nutzlos — gefährliches, heimtückisches Stahl und Gas.

Der Friede kam, und die Munition wurde vergessen, gehaßt wie die Führer, die die Massen in den Wirbel von Eisen und Gift getrieben.

Giftgeschwängert, entthront wie die Heerführer haben die Granaten in den zerfallenden Stollen, den Generälen gleich, die, die neue Zeit hoffend, sich in ihre Winkel zurückgezogen haben — giftgeschwängert, heimtückisch losbrüllend, pflätsch, um in die neue Welt, die sie nicht mehr braucht, Unheil hineinzuerschleudern.

Planlos, wahllos losbrüllend mit einem Male, Entsetzen verbreitend um ihrer selbst willen: W.B., wir sind noch da!

Oberschlesien. Der Breslauer Archibildirektor Prof. Heinrich Wendt veröffentlicht in dem Sammelwerk „Oberschlesien, ein Land deutscher Kultur“ (Helmatorlog Oberschlesien-Gleiwitz) eine Abhandlung über die Geschichte der ober-schlesischen Industrie. Schon 1186 H Bergbau auf Silber in Chorzow bei Beuthen bezeugt, welche Ansiedler trieben 1247 Biebergbau bei Reppen im Tarnowher Bezirk und schufen 1254 die Stadtgemeinde Beuthen.

Ein Deutscher, Meister Heinrich, gründete 1394 in Althammer auf der Hübener Heide wohl das älteste ober-schlesische Eisenwerk. Aber die wirtschaftliche Kraft und das technische Können der Zeit reichten noch nicht aus, um den Hauptfeind des ober-schlesischen Bergbaues, die eindringenden Grubenwässer, zu bewältigen. Die Gruben erloschen. Erst als im 18. Jahrhundert unter den Habsburgern der deutsche Kultureinfluß in Oberschlesien wieder stärker wurde, geschah auch eine Neubebauung des Bergbaues und Hüttenwesens. Deutsche Beamte und Bergleute kamen ins Land. 1528 verlieh der Markgraf der bei dem Dorf Alt-Tarnow angelegten Siedlung Stadtrecht und Bergbaufreiheit. 1528 erließ er gemeinschaftlich mit Herzog Johann von Oppeln die erste ober-schlesische Bergordnung. Doch auch dieser zweiten Blüte folgte eine lange Zeit des Verfalls. In den Stürmen des Dreißigjährigen Krieges gingen die meisten Schöpfungen des 16. Jahrhunderts zugrunde, und erst zu Anfang des 18. Jahrhunderts brachte der Breslauer Handelsherr Georg von Biese die schon im 16. Jahrhundert betriebene Galmeigräberei bei Scharley wieder in Gang und schuf die ersten Anfänge des noch heute bestehenden großen Unternehmens.

Die von Friedrich 1769 erlassene schlesische Bauordnung schuf dann die rechtlichen Formen, in denen sich bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts die Erschließung der Bodenschätze unter Leitung des Staates vollzogen. Zwei Mitarbeiter des Königs, Freiherr von Heintz und Graf von Reden, der erstere als Leiter des preussischen Bergwesens, der zweite als Direktor des Breslauer Oberbergamts, haben den Grund gelegt, auf dem sich heute der Tiefbau der schlesischen Erzgewinnung und Kohlenförderung und aller darauf beruhenden Gewerbegebiete Oberschlesiens erhebt. In den ersten Jahrzehnten der Regierung Friedrichs wurden die ober-schlesischen Eisengütten angelegt, für die man aber noch Holzfeuerung verwendete. Die Bedeutung der Steinkohlen- und Koksfeuerungen ist erst unter Heintz und Reden erwidert worden. Sie entwarfen in den letzten beiden Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts weitläufige Pläne zur Hebung der Eisenerzeugung. Unter ihnen begann der Engländer Baildon 1794 den Bau der städtischen Gleiwitzer Hütte; 1799 wurde die Königshütte, 1803 die Antonienhütte errichtet. In dem außerordentlich vervollkommenen Werk von Malapane wurden die ersten Dampfmaschinen eingeführt, die aus England bezogen waren. Ueberhaupt dahlert von der 1789 unternommenen Reise Redens nach England und Schottland für das Berg- und Hüttenwesen Oberschlesiens der große Aufschwung. Die Zinngewinnung aus Galmei konnte im großen gefördert werden, seitdem der pflätsche Hüttenbeamte Kuberg das Geheimnis der Destillation von metallischem Zink entdeckt hatte. 1798 wurde zu Welsola der erste Zinkofen Oberschlesiens angelegt und 1809 die erste städtische Zinkhütte Bydognia in Königshütte begründet. Auch die Steinkohlenförderung und -verwendung wurde seit Ende des 18. Jahrhunderts energisch in die Hand genommen. 1796 kamnte in Gleiwitz der erste Kokschofen des Festlandes auf und 1802 folgte der erste Kokschofen der Königshütte.

Anerkennung der flämischen Sprache. Die Flamen haben in ihrem Kampf um ihre Selbständigkeit einen Erfolg errungen. Es

Groß-Berlin

Landespolitik und Gemeindepolitik.

In der letzten erschienenen Nummer 7 der „Kommunalen Praxis“ weist Genosse Paul Hirsch darauf hin, daß der Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung sich nach den Beschlüssen des am 20. d. M. zu wählenden Landtags vollziehen wird. Die Entwürfe einer Städteordnung, einer Gemeindeordnung, einer Kreis- und einer Provinzialordnung sind von dem Staatskommissar für Verwaltungsreform Minister a. D. Drems ausgearbeitet, konnten aber der Landesversammlung nicht mehr unterbreitet werden. Ihr Ziel ist neben der Regelung des kommunalen Wahlrechts, die inzwischen durch Notgesetz erfolgt ist, die Befreiung der Selbstverwaltung von überflüssiger Bevormundung, und zwar nicht nur für die Städte, sondern auch für alle übrigen Selbstverwaltungskörperschaften. Die freie Selbstverwaltung der kommunalen Verbände soll nach dem Dremschen Plan in Zukunft grundsätzlich ihre Schranken nur finden in den Vorschriften der Reichs- und Staatsgesetze, deren Einhaltung unbedingt sichergestellt werden muß. Diese Kontrollen über die Rechtmäßigkeit der Verwaltung und ihrer einzelnen Akte will Drems letzten Endes den Verwaltungsgerichten vorbehalten, die als völlig unparteiische Stellen die zur Entscheidung von Rechtsfragen berufenen Instanz sind. Die Nachprüfung einzelner Entscheidungen der Selbstverwaltungsorgane auf ihre Zweckmäßigkeit hin soll begrenzt werden auf solche Fälle, in denen wichtige Fragen des allgemeinen Staatswohls auf dem Spiele stehen oder in denen das Gemeinwohl von der augenblicklichen Gemeindevertretung für eine Zeit nachteilig beeinträchtigt werden könnte, welche über die Amtsdauer dieser Vertretung weit hinausgeht. Und auch diese Nachprüfung soll durch eine Reihe von Vorschriften möglichst eingeschränkt und mit dem Geiste echter Selbstverwaltung in tunlichster Uebereinstimmung gehalten werden. Diese Grundgedanken in Gesetzesform zu kleiden, wird Aufgabe des neuen Landtags sein. Wem, dem es ernst ist mit der freiheitlichen Ausgestaltung der Unterlagen unserer Gemeindeverfassung, könnte unter solchen Umständen der Wohlausfall gleichgültig sein? Gelingt es, eine sozialdemokratische Mehrheit zu schaffen, zum mindesten aber eine so starke sozialdemokratische Vertretung, daß gegen deren Willen kein Gesetz erlassen werden kann, so ist die Gewähr dafür gegeben, daß die Gemeindeverfassungsgesetze von wirklich sozialdemokratischem und sozialem Geiste beseelt sind und daß endlich das Ziel verwirklicht wird, das den großen Reformatoren vor mehr als hundert Jahren vor Augen schwebte: „Den Bürgern eine tätige Einwirkung auf die Verwaltung des Gemeinwohls zu belassen und durch diese Teilnahme Gemeinwohl zu erregen und zu erhalten.“ Andernfalls sind die Errungenschaften der Revolution in Frage gestellt, werden die Bestimmungen der Verfassung nicht mehr als papierne Bedeutung haben.“

Funkenfunktelegraphischer Verkehr mit England.

In den letzten Wochen haben Versuche stattgefunden, um einen funkenfunktelegraphischen Verkehr zwischen Deutschland und England einzurichten. Sie haben ein günstiges Ergebnis gehabt, so daß seit einigen Tagen zur Beförderung von Telegrammen Übergangen werden konnte. In England dient als Sendestelle die Station Stoneham in Schottland, der Empfang geht in London vor sich. Auf deutscher Seite konnte die Einrichtung so getroffen werden, daß das Senden und das Aufnehmen beim Haupttelegraphenamt in Berlin erfolgt. Durch sogenannte Fernleitung wird nämlich von diesem Amt aus die Sendeeinrichtung in Königsbrunn bei Berlin, während eine Übertragung die in Teltow bewirkte Funkaufnahme zum Haupttelegraphenamt vermittelt. Erstweilen findet der Telefontausch auf der neuen Verbindung täglich in der Zeit von 5 bis 8 Uhr nachmittags, ausgenommen Sonntags, statt. Da automatische Betrieb mit Schnelltelegraphenapparaten eingerichtet ist, besitzen die besten Aussichten für die Ausgestaltung der Abflußwege auf den englischen Verkehr. Die Gebühren auf dem Funkwege sind die gleichen wie auf dem Kabelwege.

Betriebsunfall am Bahnhof Alexanderplatz.

Heute vormittag ereignete sich auf den Gleisen der Stadtbahn zwischen Alexanderplatz und Jannowbrücke ein schwerer Betriebsunfall. Dort fuhr ein Stadtbahnzug in eine Arbeiterkolonne hinein, die mit der Ausbesserung der Gleisanlagen beschäftigt war. Alle Anseher nach haben die Arbeiter das Kommen des Zuges überhört, denn in jenem Augenblick passierten zu gleicher Zeit drei Züge die Unfallstelle. Der Bahnarbeiter Wolf Roth wurde von der Maschine zur Seite geschleudert. Ein Puffer schlug ihm das Kreuz entzwei. Der Arbeiter Wehiska geriet unter den Zug, wobei ihm ein Bein abgefahren wurde, außerdem erlitt er noch andere schwere Verletzungen.

Razzia im Zentralpark am Bahnhof Friedrichstraße.

Große Aufregung gab es gestern Abend am Bahnhof Friedrichstraße auf dem daneben befindlichen Kummelplatz. Das allabendliche Treiben hat schon wiederholt zu lebhaften Klagen der Nachbarschaft Veranlassung gegeben. Da auch bei der Kriminalpolizei in der letzten Zeit Spuren von unaufgeklärten Verbrechen vorfindlich sind, so sah sich diese veranlaßt, einmal den Kummelplatz gründlich zu säubern. Von einem großen Aufgebot von Kriminalbeamten und Beamten der Schutzpolizei wurde das ganze Terrain umstellt. Mehrere Beamte drangen, zum Teil mit Polizeihunden, überraschend in die Kellern ein, um zunächst in dieser eine gründliche Rüstung vorzunehmen. Das Ziel war von zweifelhaften Gestalten dicht gefüllt, und die Ueberraschung war nicht wenig groß, als plötzlich die Musik schlug und der Rundtritt unterbrochen wurde. Alle Besucher, Kellner und Kellnerinnen, leichere meist junge Mädchen, die zum Veranlassen der Zuschauer im Herrensattel ritten, mußten, soweit sie sich nicht genügend ausweisen konnten, Lastkraftwagen bestiegen. Mehrere Wagen fuhren dichtgedrängt voll nach dem Polizeipräsidium, wo die zweite eingehende Rüstung stattfand.

Aus einem Sanatorium für Angestellte.

Das von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte benutzte Sanatorium von Dr. Schoen in Reinerz war vor kurzem der Schauplatz eines Konflikt. Wir erfahren davon, weil auch Angestellte aus Berlin dort untergebracht sind. Wegen der Verpflegung bestand seit langem Unzufriedenheit, so daß es immer wieder zu Auseinandersetzungen hierüber kam. Eine uns gegebene Schilderung aus letzter Zeit sagt, daß die meisten Patienten während der ganzen Dauer ihrer Kur noch keine Butter zu sehen bekommen hatten und sich mit Schmalz und Marmelade begnügen mußten. Auch von den Hauptmahlzeiten wird gesagt, daß sie nicht genügend und meist auch geschmacklos zubereitet waren. Auf eine Beschwerde von Patienten antwortete der leitende Arzt, sie hätten kein Recht sich zu beschweren. Behauptet wurde, daß zu den von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gezahlten Sätzen nicht mehr geboten werden könne. Doch verbesserte man noch an demselben Tage das Essen und auch Butter wurde jetzt gereicht. Die Befriedigung der Patienten wurde aber danach durch das Verhalten der Sanatoriumsleitung gebört. Verhört wurden die Unterstellten für die Scheine, auf Grund deren die Patienten das Krankengeld bezogen, mit dem sie die Kost verbessern wollten. Geäußert wurde, daß es den Beschwerde führenden ja hier nicht gefalle und daß deshalb Nachfragen für sie nur in dringenden Fällen beantragt werden würden. Drei Patienten, die man als Aufwieglor und Heber bezeichnete,

Vom preussischen Wahlkampf.

Der Wahlverband der Geldgeber.

Dreslau, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In einer Breslauer demokratischen Wahlversammlung legte ein sozialdemokratischer Diskussionsredner dem Vertreter der Demokratischen Partei die Frage vor, ob es nicht sei, daß in Schlesien sich ein wirtschaftspolitische Wahlverband aus Unternehmerkreisen gebildet hätte, der an sämtliche bürgerlichen Parteien herangeht und ihnen Geldmittel anbietet. Der sozialdemokratische Redner behauptete, daß dieser wirtschaftspolitische Wahlverband dafür von den bürgerlichen Kandidaten die Zustimmung zu einem Steuer- und sozialpolitischen Programm zur Bedingung mache, das sich scharf gegen die Interessen nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Beamten und Angestellten wendet. Als Vertreter der Demokratischen Partei gab der mittel-schlesische Spitzenanführer der Demokraten, Lehrer Herrmann, sowie der Generalsekretär der Partei, von Puttkamer, das Bestehen eines solchen Wahlverbandes zu. Die einzelnen Bedingungen des Verbandes seien auch den Demokraten bisher unannehmbar erschienen, doch würde weiter verhandelt, und einzelne demokratische Politiker unterstehen diesen Verband bereits. Die Frage, ob eine andere bürgerliche Partei, so das Zentrum, die Bedingungen dieses Geldgeberverbandes bereits angenommen haben, wird heute von der „Breslauer Volkswacht“ wiederholt. Man darf auf die Antwort gespannt sein.

Beamte! Ihr müßt Not leiden
weil kein Geld da ist!
Weshalb ist kein Geld da? Weil die industriellen Kapitalisten und Großagrarien keine Steuern zahlen wollen!
Wählt sozialdemokrat (S.P.D.)!

Der Wahlschein.

Ein jeder kann am Wahltag nur in dem Wahlkreis wählen, in dessen Liste er eingetragen ist. Wie nun, wenn jemand am Wahltag, d. h. am 20. Februar, nicht in seinem Wahlkreis wohnt? Dann bedarf er, um anderwärts in Preußen sein Wahlrecht ausüben zu können, eines Wahlscheins. Wo wird der Wahlschein ausgestellt? Von der Stelle, die die Wahlkreise aufgestellt hat, also für den alten Stadtkreis Berlin das Wahlbureau, Stralauer Str. 44/45, geöffnet von 8-5 Uhr, am Sonntag von 8-11 Uhr. Wie erlangt man einen Wahlschein? Durch persönlichen Antrag. Bedingung ist, daß der Antragsteller in der Wählerliste verzeichnet ist, einen triftigen Grund für seine Abwesenheit am Wahltag angibt und sich ausreichend legitimiert (durch polizeiliche Anmeldung, Steuerzahlung, Mietkontrakt, Invalidenliste usw.). Auf Grund des Wahlscheins kann der Wähler in ganz Preußen sein Wahlrecht ausüben.

Was ist nun ein triftiger Grund? Das Gesetz schreibt vor, daß zum Antrag auf Ausstellung eines Wahlscheins berechtigt ist, wer sich in Ausübung des Berufes oder zur Erledigung persönlicher oder öffentlicher (Wahl-) Angelegenheiten am Wahltag außerhalb seines Wohnortes aufhält, also Geschäftsreisende, Wandergewerbetreibende, Schiffer, Floßleute, Bahn- und Postbedienstete, Wahltagstouristen oder allgemeine Wahlhelfer. Ferner, wer sich zur Kur außerhalb aufhält. Drittens führt das Gesetz noch eine Gruppe an, die einen Wahlschein beantragen kann, ohne daß sie ihren Wohnsitz verläßt: Wer infolge eines körperlichen Leidens oder eines Bedrohens einen günstiger gelegenen Wahlraum aufsuchen will, z. B. jemand, der wegen Bähmung der Beine im Rollstuhl gefahren werden muß, kann ein Wahlstet, zu dem Stufen führen, nicht aufsuchen.

Bis zu welchem Tage kann ein Wahlschein beantragt werden? Bis Freitag, den 18. Februar! Jedoch ist dringend zu rufen, nicht bis zum letzten Tage zu warten. Denn in den letzten Tagen ist der Andrang so groß, daß ein stundenlanges Warten nicht zu vermeiden ist. Deshalb schreibe niemand seinen Antrag auf die lange Bank! Nach eine Frage ist zu beantworten: Muß der Wahlschein persönlich beantragt werden oder kann der Antrag auch schriftlich eingeleitet werden? Wegen der Beantwortung verschiedener Fragen ist der persönliche Antrag vorzuziehen, doch gestattet das Gesetz nicht, den Antrag schriftlich (durch die Post) einzuwerfen. In diesem Falle aber vergesse man nicht, 40 Pf. als Rückporto beizufügen.

wurden auf die Straße gesetzt. Daraufhin erklärten zwölf Patienten, doch bei Nichtzurücknahme der Entlassungen auch sie mit den drei Gemäßigten gehen würden. Da die Sanatoriumsleitung nicht nachgab, so verließen dann auch diese zwölf die Heilstätte Dr. Schoens.

Was wird zu diesem Konflikt die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte sagen? Sie ist von den Gemäßigten sofort benachrichtigt worden. Wieweil zahlt sie denn für ihre in dem Sanatorium untergebrachten Kranken? Und wie hoch mag der Profit des Unternehmers sein —?

Geschwinde Fächer. Von den neuen Fünfzigmarktscheinen mit dem Ausgabedatum des 21. 1. 1920 (grüne Kupferdrucknote, kenntlich an dem Brustbild der sonnigen Mädchen-gestalt auf der Vorderseite und den Bildern eines Mädchens und eines Werkarbeiters auf der Rückseite) treten sehr ungeschickte und darum sofort jedermann auffällige Nachbildungen auf. Abgesehen von der schlechten zeichnerischen und äußerst mangelhaften Druckausführung, die namentlich in der Schattengabe der Charakterzüge auffällig wirkt, fehlen der Fälschung die Hauptmerkmale echter Noten: das Wasserzeichen und der eingewirkte Faserstreifen auf der Vorderseite, der beim Fälschen durch wenige braune Striche vorgezogen ist. Das Reichsbankdirektorium wohnt vor An-nahme und empfiehlt dem Publikum erneut — als Selbsthilfe gegen Annahme von Fälschungen — sich das Bild der echten Noten anzusehen und einzuprägen.

Ein unangenehmes Abenteuer hatte ein Geschäftsmann aus Sponbau, der in Berlin mehrere Wirtschaften besuchte und schließlich in Reußhain in der Reichenstraße ein Mädchen in ein Hotel einlud. Schon beim Betreten des Hotels merkte er, daß ihm die Brieftasche mit 6500 M. fehlte. Zur Rede gestellt, erwidert die Begleiterin die Flucht. Auf der Verfolgung erhielt der Geschäftsmann plötzlich von hinten einen so heftigen Stoßschlag über den Kopf, daß er auf einen Augenblick die Besinnung verlor. Als er wieder zu sich kam, waren der Anreißer, ohne Zweifel der „Beschützer“ des Mädchens, und dieses selbst mit der Brieftasche verschwunden.

Bel einem verlustigen Schiedsgericht festgenommen wurde ein junger Mann namens Ritter. Er legte einer Zweigstelle der Deutschen Bank einen Scheck über 14000 M. vor, den der vorsichtige Kassierer als gefälscht erkannte. Ritter hatte den Scheck von einem Künstler Riese aus der Wasser Straße zur Einlösung erhalten. Riese behauptete,

Die Parteien im neuen Landtag.

Auch in Schneberg schienen die Wogen der Wahlbewegung endlich höher zu gehen. Die S.P.D. hatte zu Dienstag abend in der Uhland-Schule (Kolonnenstraße) zu einer öffentlichen Wähler-versammlung eingeladen. Wählerinnen und Wähler waren in solchen Massen erschienen, daß die Schulaula bis auf den letzten Platz besetzt war und Hunderte in den Gängen stehen mußten.

Genosse Gustav Heller sprach in kräftigen und überzeugenden Worten über die schädigende Politik der Reichsparteien. Er und verständlich führte er der Versammlung vor Augen, wie notwendig es ist, am 20. Februar die Kandidaten der S.P.D. zu wählen. Auch die Gewerkschaft der Kommunisten, so führte der Referent weiter aus, ist für alle Arbeiter und Handarbeiter, für das ganze Proletariat, von außerordentlich schädlicher Wirkung. Die Kommunisten wie auch die Unabhängigen schädigen den Aufstieg der Sozialdemokratie und hindern so einen gesunden Aufbau Deutschlands. Ausnehmende Zwischenrufe und außerordentlich starker Beifall am Schluß des Referats zeigten, daß der größte Teil der Versammelten mit den Ausführungen des Genossen Gustav Heller einverstanden war. Nur ein paar Phrasen der Kommunisten machten einige nichtsehrbedeutende Zwischenrufe. Die von dem Referenten unter allgemeinem Beifall widerlegt wurden.

Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Der Versammlungsleiter Genosse Paul Hoff schloß die Versammlung mit der Aufforderung an alle, am 20. Februar ihre Stimmen für die Kandidaten der S.P.D. abzugeben.

In Hohenschönhausen sprach in einer vom Bezirksverein der S.P.D. einberufenen Versammlung der Landtagsabgeordnete Siering über die preussischen Landtagswahlen und die bürgerlichen Parteien. Der Redner beleuchtete hauptsächlich die Hindernisse, welche die Reichsparteien den Anträgen der S.P.D. bereiten, z. B. beim Etat, dann bei der Beratung der Verfassung. Als der Redner hierbei erwähnte, daß die Provinziallandtage den Staatsrat wählen, daß derselbe nicht wie früher ernannt werden kann, da riefen die in größerer Anzahl erschienenen Kommunisten dozwischen: „Der Staatsrat wird von Ebert ernannt.“ Trotz Belehrung durch den Redner blieben sie dabei, daß Ebert den Staatsrat und Reichsrat ernenne. Als erster Redner sprach Lindenblatt (S.P.D.) und führte sich dem Referenten gegenüber mit den Worten ein: „Reich mir die Hand zum Bunde, denn wir sind zwei Schweinehunde.“ Auf denselben geistigen Höhe bewachten sich auch keine Verschwärmer. Ein weiterer Redner der kommunistischen Partei sprach im Gegen-satz dazu in einer geradezu ruhigen und sachlichen Weise. Der Referent widerlegte in seinem Schlußwort alle die Angriffe und betonte, daß eine kleine Partei, welche durch irgendwelche Umstände zur Macht gelangt, sich nicht halten könne. Darum bitte für uns nur die Partei sein, eine sozialistische Mehrheit in den Landtag zu wählen. Politisch hängt nicht alles Heil vom Parlament ab, aber um das Schlimmste zu verhüten, muß jeder Wähler und jede Wählerin am 20. Februar einen Stimmzettel für die S.P.D. in die Urne werfen. Wer nicht wählt, oder wer den Reichsparteien seine Stimme gibt, ist dann verantwortlich, wenn die, die am Kriege schuld sind, auch nach den Hohenzollern die Millionen hinterherwerfen.

Allgemein fiel das Erscheinen mehrerer, anscheinend von einer Beschäftigung und anschließenden Bierreise kommenden Gemeindevorsetzter, des bisherigen Gemeindevorsetzters und des Strinsehwelsters Aufbruch auf, welche letzterer den Referenten durch mehrfache Zwischenrufe zu unterbrechen versuchte, von diesem aber gleich die treffende Abfertigung empfing.

Am wenigstens einen „Erfolg“ buchten zu können, zogen die Kommunisten am Schluß der Versammlung unter Führung der Internationals davon, lekten den Gehang sogar ohne Rücksicht auf die bereits schlafenden Mitglieder auch auf der Straße nach fort.

Der deutschnationale Gummiknüttel.

Am Dienstag fand im böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee, eine Wählerversammlung der Deutschnationalen Partei statt, in der ein Vertreter der christlichen Köchstenliebe, Herr Dr. Franke, und ein „Jugendlicher“, Rektor Hackenberg, um die Worte den Revanchekrieg predigten. Auch flochten sie in bewegten Worten über die „geschwundene Moral und Sittlichkeit“. Die Illustration hierzu boten ihre Parteianhänger, mit dem heftigen geschmückte Kollinge, die, zum Teil sehr jugendlichen Alters, im ganzen Saale verteilt waren und sofort mit Gummiknütteln, Säcken, Totschlägern und Revolvern gegen jeden Zwischenrufer vorgehen und Personen, die sich als Gegner zu erkennen gaben, zum Saale hinausprägellen. Alles zur Hebung der gesunkenen Moral und Sittlichkeit! Offenbar stellten diese Helden einen Teil des berühmten „Selbstschutzes“ dar, der nun zeigt, wozu er geschaffen ist. Am 20. Februar ist Gelegenheit, diesen Kollingen die richtige Antwort zu erteilen.

lete, ihn in einem Briefe gefunden zu haben, den der Postbote in seiner Abwesenheit in seiner Wohnung abgegeben habe. Das erwies sich jedoch als unwahr.

Große Aufregung und eine längere Verlescheldung entstand heute früh um 6 Uhr an der Ecke der Warschauer Straße 65 und Kopernikusstraße. Dort war ein Wagen der alten städtischen Straßenbahn mit einem Koffenwagen, der mit Dünger beladen war, zusammengefahren. Der Straßenbahnwagen war voll besetzt und wurde an der vorderen Plattform stark beschädigt, auch wurden Fensterscheiben zertrümmert. Die Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon. Der Koffenwagen und sein Begleiter, die auf dem Dünnwagen gefahren hatten, haben Verletzungen erlitten, die ihnen von Ärzten auf der Rettungswache verbunden wurden. Die beiden Pferde des Koffenwagens lagen unter dem Straßenbahnwagen. Die Feuerwehr holte sie mit vieler Mühe tot hervor. Die Pferde hatten einen Wert von 40000 M.

Ein Notzettel. Das Wohlfahrtsamt Berlin-Treptow übersendet uns folgenden Notzettel:

Lieses Erbarmen würde unsere Mitbürger ergreifen, wenn sie nur täglich eine kurze Zeit als stille Zuhörer im Wohlfahrtsamt unserer Gemeinde verweilten. Ich kann nicht in die Augenführer-stelle gehen, ich habe kein Hemd mehr.“ Eine andere sagt: „Ich kann die Kinder nicht in die Schule schicken, von dem Stiefvater ist nicht nur das Oberleder, sondern auch die Sohlen sind zerfressen.“ Alles, was wir bisher geben konnten, reichte bei weitem nicht aus, die große Not zu lindern, darum bitten wir, eobt, die ihr eure Kinder gesund und wohlbehütet wagt. Gebt uns Wäsche, gebt uns Kleidung, alle alten Sachen, die irgend erwerblich sind, nehmen wir freudig an oder lassen dieselben auch auf Anruf abholen. (Wohlfahrtsamt, Berlin-Treptow, Rathaus, Zimmer 24.)

Zustände wie die hier geschilderten sind in noch verstärktem Maße in jenen Gemeinden anzutreffen, die eine rein proletarische Zusammensetzung haben.

Märkische Vorträge. Am Sonntag, den 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr, wird Oskar Woll im Lokal des Kunstgewerbemuseums, Zeugnisstraße 8, unter Leitung von 120 Wählern in natürlichen Farben, Kultur- und Landschaftsbildern aus der Uckermark und anschließend eine Schilderung der medienburgischen Schwelgerei und der erinnerungsreichen Bilden Fritz Reuters, endlich als Einlage weitere Dichtungen des letzteren, gesprochen von Karl Seemann, bringen. Karten bei Wollheim, Lote u. Hof usw. und an der Abendkasse.

